

---

## Pressemitteilung

### **Die Schüler müssen es ausbaden! Besorgnis über fünftes Grundschuljahr nimmt zu**

Nach der Regierungserklärung von Bildungsminister Klaus Kessler am 25. August erneuert die Vereinigung der Schulleiter der saarländischen Gymnasien (VOS) ihre Kritik an der geplanten Einführung des 5. Grundschuljahres. In ihrer Mitgliederversammlung stellten sich die Direktoren am gleichen Tag erneut einstimmig gegen die Pläne der Landesregierung zur Einführung von G7.

Die inzwischen bekannt gewordenen Planungsdetails haben die Befürchtungen der Schulleiter noch verstärkt. VOS-Vorsitzender Dr. Rainer Stein-Bastuck: „Diese Veränderung wird aus dem Saarland eine bildungspolitische Insel in Deutschland machen - eine Situation, die zu massiven Nachteilen für alle führen wird.“

Englischkenntnisse als Resultat eines zweistündigen Grundschulunterrichts werden den Anforderungen anderer Bundesländer in keiner Weise gerecht, so dass ein Wechsel des Bundeslandes zu einem unkalkulierbaren Risiko wird. Dadurch werden die Interessen der Schüler und Eltern fundamental verletzt. Die Bildung von sprachlichen und naturwissenschaftlichen Zweigen ab der achten Klassenstufe oder von besonderen Schulprofilen wäre wohl kaum noch möglich oder würde zur reinen Farce verkommen. Gymnasien, die bisher bereits ab Klasse 5 besondere Zweige (Latein, Musik, Sport) anbieten konnten, wird es als Bildungsangebot für die saarländischen Schüler und Eltern nicht mehr geben. All dies wird auch den Zuzug qualifizierter Fachkräfte behindern, die die schulischen Interessen ihrer Kinder berücksichtigen müssen. Die VOS teilt auch hier die berechtigten Befürchtungen der saarländischen Wirtschaft.

Von der empirischen Unterrichtsforschung ist die verlängerte Grundschulzeit längst als ein unsinniges Vorhaben bloßgestellt worden. Bundesländer wie Niedersachsen, Bremen, Hessen und Sachsen-Anhalt, die eine verlängerte Grundschulzeit eingeführt hatten, sind davon längst wieder abgerückt. Die Verlängerung der Grundschulzeit nutzt den leistungsstarken Schülern nicht und erst recht nicht den langsamer Lernenden oder gar denen, deren Interessen und Fähigkeiten kaum im theoretischen Bereich liegen.

Der Hinweis des Ministers, nur in Deutschland und in Teilen Österreichs würden die Schüler bereits ab dem elften Lebensjahr voneinander getrennt, geht ins Leere, denn wir trennen nicht auf Dauer und nicht unwiderruflich. Unser derzeitiges Schulsystem ist durchlässig; es gibt wohlgedachte und in der Praxis vielfach erprobte und bewährte Möglichkeiten, die Schulformen zu wechseln.

Dieses Zusammenspiel von Lernen in leistungsmäßig homogenen Gruppen, von verschiedenen Schulformen und dem möglichen Wechsel zwischen diesen, das Zusammenwirken von beruflichen und allgemein bildenden Schulen, zeichnet das deutsche Schulsystem aus. Stein-Bastuck: „Wir haben allen Grund, diesen Vorzug zu bewahren und auszubauen. Verwenden wir unsere Energie und unsere Mittel auf die echten Probleme, die wir haben, verschwenden wir sie nicht darauf, Bewährtes abzuschaffen und dann unsere Kinder unter unnötig geschaffenen Problemen leiden zu lassen.“

Während Minister Kessler von „Kostenneutralität“ spricht, beklagen die Schulträger bereits jetzt die erheblichen Kosten, die auf sie zukämen, und die Praktiker vor Ort befürchten einen riesigen Organisationsaufwand für die Schulen. Es stellt sich zunehmend die Frage, weshalb die Regierung angesichts solcher Nachteile für Schüler, Eltern und Lehrer immer noch an diesem Vorhaben festhält - gegen wachsenden Widerstand in der Bevölkerung.

Stein-Bastuck: „ Die geplante Veränderung betrifft alle derzeitigen Schulformen. Die Gelder und Ressourcen, die dafür vergeudet würden, könnten viel sinnvoller in eine Verbesserung der Unterrichtsbedingungen in allen Schulformen eingesetzt werden - zum Wohle aller Schüler. Wenn die Schüler dieses - wohl von besten Absichten getragene, aber von pädagogischer Erfahrung und wissenschaftlichen Untersuchungen nicht gestützte und mit enormen Kosten verbundene - Experiment ausbaden müssen, werden als erste die Schüler baden gehen, die unsere besondere Aufmerksamkeit und Förderung benötigen.“

St. Ingbert, 27. August 2010

Dr. Rainer Stein-Bastuck

Vorsitzender VOS